Zeitschrift: Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin
Herausgeber: Verein Saiten
Band: 23 (2016)
Heft: 259: 22

Artikel: Ein Hoffnungsschimmer
Autor: Bulut, Cenk
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-884075

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Hoffnungsschimmer

Die autonome kurdische Föderation Rojava rüttelt an den patriarchalen Strukturen im Nahen Osten.

TEXT: CENK BULUT

Rojava bezeichnet Westkurdistan, also jene Region in Nordsyrien, in der die Kurden Syriens mehrheitlich leben. Nach dem Ausbruch der Aufstände in Syrien 2011 übernahmen kurdische Organisationen die Städte und Dörfer dieser Region. Da sich Assad keine weiteren Kriegsschauplätze leisten konnte, wurden die kurdischen Siedlungsgebiete de facto autonom und so konnten die Kurdinnen und Kurden ohne grössere militärische Konflikte ihr eigenes emanzipatorisches System basierend auf Selbstverwaltung und Rätedemokratie etablieren. Seitdem wird von der Revolution Rojavas gesprochen.

Das Parlament, bestehend aus aramäischen, arabischen, turkmenischen und kurdischen Ratsmitgliedern, rief dieses Jahr die «Föderation Rojava» aus, die bisher von keiner Grossmacht anerkannt wurde. Nichtsdestotrotz wurden Vertretungen der Föderation in Paris, Stockholm, Moskau und in Berlin eröffnet. Das Gebiet Rojava setzt sich aus den drei Kantonen Efrin, Kobane und Cizire zusammen und beherbergt derzeit rund 5 Millionen Einwohner. Das Wort Kanton wurde der föderalen Struktur der Schweiz entlehnt und als Neologismus in die kurdische Sprache eingeführt. Es soll die Nähe der autonomen Föderation zum direktdemokratischen und föderalistischen System der Schweiz zeigen. Rojavas Amtssprachen in allen drei Kantonen sind Kurdisch, Arabisch und Aramäisch. Hauptstadt der Föderation ist die Stadt Qamislo im Kanton Cizire, der nahe an der türkischen Grenze liegt.

Minderheitenschutz und Frauenquoten

Als de facto Verfassung wurde ein Gesellschaftsvertrag verabschiedet. Darin verpflichten sich alle Regierungen in Rojava auf die Werte Gleichberechtigung, soziale Gerechtigkeit, Beachtung ökologischer Prinzipien, Einhaltung einer demokratischen Politik, Minderheitenschutz, Religionsfreiheit und Verbot der Todesstrafe. Das politische System sieht vor, dass lokale Räte Vertreter wählen, die sie in den Legislativen und Exekutiven repräsentieren sollen. Dabei wird nicht nach einem reinen Mehrheitsprinzip gewählt, sondern den Minderheiten durch Quoten die Teilnahme am politischen Prozess ermöglicht. So werden ethnische und religiöse Minderheiten geschützt und in die Entscheidungsprozesse miteinbezogen. Auch in den höchsten Exekutivräten und Ämtern müssen die Minderheiten vertreten sein, weshalb die Ratsvorsitze dreigeteilt sind und je aus einem kurdischen, einem arabischen und einem assyrischen Vertreter bestehen. Damit wird der Multikulturalität Kurdistans Rechnung getragen und die Ablehnung von Homogenisierungsbestrebungen verdeutlicht.

Alle Führungspositionen in Rojava, auch jene in den Räten, setzen sich aus geschlechterquotierten Doppelspitzen zusammen. Die Frauen Rojavas haben ausserdem als Antwort auf die verbreitete patriarchale Denkweise im Sinne einer self-empowerment-Politik eigene Frauenräte kreiert. Dadurch soll garantiert werden, dass nur Frauen über frauenspezifische Themen befinden und dass die traditionelle männliche Verfügungsdominanz über das Leben der Frauen gebrochen wird. In den Räten haben Frauenorganisationen zudem eine 50%-Geschlechterquote durchgesetzt, die garantiert, dass das quantitativ unterlegene Geschlecht im Rat, die Hälfte der Sitze im Vorstand erhält.

Ideologisch ist das System Rojavas inspiriert von Abdullah Öcalans demokratischem Konföderalismus, der als Leitkonzept und Regierungsform verstanden wird. Ziel ist der Aufbau von nichtstaatlichen, zivilen Strukturen, die auf einer demokratischen und ökologischen Politik basieren. Angestrebt wird nicht die kurdische Eigenstaatlichkeit, sondern die Etablierung einer autonomen, selbstverwalteten und basisdemokratischen Gesellschaft, denn Nationalstaaten werden in der politischen Philosophie des demokratischen Konföderalismus nicht als Lösung, sondern als Teil des Problems wahrgenommen. Die kurdische Bewegung hofft, mit der gesellschaftlichen Revolution in Rojava Demokratisierungsimpulse für den gesamten Nahen Osten zu liefern. In Nordkurdistan (Ostanatolien) wird die Errichtung ähnlicher Strukturen von den zivilen kurdischen Organisationen zwar angestrebt, die Räte sind aber immer wieder mit umfassenden Verhaftungswellen konfrontiert, was den Aufbau alternativer, nichtstaatlicher Strukturen erschwert.

Auch wenn viele Projekte noch in den Kinderschuhen stecken, darf Rojava als der seit langem ernsthafteste Versuch der Schaffung einer nichtkapitalistischen Ökonomie betrachtet werden, denn die Errichtung einer alternativen, nichtkapitalistischen und demokratischen Wirtschaftsweise unter der Kontrolle der Räte und Komitees ist das erklärte Ziel der Regierung. So ist Rojavas Wirtschaft in Genossenschaften und Kommunen organisiert, die eine Politik der Bedürfnisbefriedigung und nicht der Profitmaximierung betreiben. Wichtige Sektoren wie die Landwirtschaft, Wasserwirtschaft und der Energiesektor werden möglichst im Einklang mit der Natur gemeinschaftlich geführt. Ausserdem steht der gesamte Ölsektor unter der Kontrolle von Räten und ArbeiterInnenkomitees, und Ärztekomitees arbeiten zurzeit am Aufbau einer kostenlosen medizinischen Versorgung und Infrastruktur.

SDF: ein Bündnis progressiver Milizen

Das Projekt Rojava ist jedoch bedroht. Ständige Angriffe der barbarischen und terroristischen Banden des Daesh, dem sogenannten Islamischen Staat, gefährden die Errungenschaften dieser gesellschaftlichen und sozialen Revolution. Mittlerweile haben die Kurden Rojavas die allseits bekannten Volksverteidigungskräfte (YPG) gegründet, die für die militärische Verteidigung der autonomen Föderation verantwortlich sind. Die Frauen Rojavas haben zusätzlich Fraueneinheiten geschaffen, die YPJ, welche die YPG bei der Verteidigung und dem Kampf gegen Daesh unterstützt. Die mehrere zehntausend SoldatInnen umfassenden Einheiten der YPG und YPJ haben sich mit progressiven arabischen und assyrischen Milizen zum Bündnis der Syrian Democratic Forces (SDF) zusammengetan und bereits einige Angriffe der islamistischen Terrorbanden abgewehrt. Vor kurzem ist es ihnen gelungen, die strategisch wichtige Stadt Manbij vom Daesh zu befreien.

Sicher ist bei weitem noch nicht alles perfekt in Rojava, aber es ist ein grosser Fortschritt im Hinblick auf den Zustand vor der gesellschaftlichen Revolution 2011. Die autonome Föderation ist ein Hoffnungsschimmer inmitten der patriarchalen, rassistischen, religiös-extremistischen und tribalen Strukturen im Nahen Osten. Es bleibt zu hoffen, dass das Projekt sich noch stärker etabliert und verbreitet.

Cenk Bulut, 1988, lebt in St.Gallen und hat Geschichte und Philosophie studiert. Zurzeit schreibt er seine Masterarbeit über den Überfremdungsdiskurs in der Schweiz von 1970–2000.